

Transformation einer Volkswirtschaft

**Neue Forschungen zur Geschichte
der Treuhandanstalt**

Herausgegeben von
Dierk Hoffmann



METROPOL

Inhalt

DIERK HOFFMANN

Einleitung	7
-------------------------	----------

ANDREAS MALYCHA

Politische Kontrolle?	
Die Bundesregierung und die Treuhandanstalt	27

MARCUS BÖICK

Berater in „blühenden Landschaften“	
Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater bei der Treuhandanstalt	41

JANN MÜLLER

Partner der Treuhandanstalt?	
Die Interessenverbände der Wirtschaft und die Transformation in Ostdeutschland	56

KATJA FUDER

Schnelle Privatisierung für schnelle Erlöse	
Wie die Transformation der DDR-Wirtschaft finanziert werden sollte	70

MAX TRECKER

Die Wiedervereinigung als „Stunde Null“ des ostdeutschen Mittelstands?	
Über verpasste Chancen	84

EVA SCHÄFFLER

Ein Privatisierungsmarathon à la Treuhand	
Die Übernahme der Umformtechnik Erfurt durch Škoda Plzeň	96

RAINER KARLSCH

Einheitsgewinner

Die Privatisierung der ostdeutschen Pharmaindustrie 112

ANDRÉ STEINER

**Ost-West-Doppelunternehmen
und die Treuhandanstalt**

Der Fall Carl Zeiss Jena 130

WOLF-RÜDIGER KNOLL

Zwischen Abbruch und Aufbruch

Die Treuhandanstalt und der Verkauf der Stahlwerke
Hennigsdorf und Brandenburg im Kontext
der europäischen Stahlkrise 143

GERHARD HEIMPOLD

**Was wurde aus den industriellen Kernen
der ehemaligen DDR?**

Einige Fallbeispiele 161

JESSICA ELSNER

Enttäuschte Hoffnung

Soziale Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach
in der Transformationszeit (1989–91) 174

DIERK HOFFMANN

Der selbst ernannte Musterschüler

Massenarbeitslosigkeit und Kommunikationsstrategie
der sächsischen Landesregierung 188

Abkürzungen 201

Autorinnen und Autoren 203

Der selbst ernannte Musterschüler

Massenarbeitslosigkeit und Kommunikationsstrategie der sächsischen Landesregierung

Anfang Mai 1991 besuchte eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten Sachsen. Nach einem Zwischenstopp in Dresden, bei dem sich die Parlamentarier von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) über Erfolgsgeschichten beim wirtschaftlichen Aufbau des Bundeslandes informieren ließen, ging die Reise weiter nach Ostsachsen. In der Gemeinde Oybin – nahe der Grenze zu Polen und zur Tschechoslowakei – trafen sie auf Kommunalpolitiker, die ihrem Unmut Luft machten. „Christus kam nur bis Eboli – und Biedenkopf nur bis Dresden“¹, erklärte ein Kirchenvertreter, der gleichzeitig Mitglied des Stadtparlaments in Zittau war. Die literarische Anleihe kennzeichnete die desolote Stimmungslage in der Region.² Der Ministerpräsident habe gut reden, waren sich die kommunalen Vertreter einig. Und der Görlitzer Wirtschaftsdezernent äußerte völlig desillusioniert: „Wir hier unten haben das schlimmste Erbe von 40 Jahren SED-Herrschaft zu verwalten: die Menschen.“ Im Dreiländereck östlich von Dresden legten sich – so der Zeitungsartikel – Verzweiflung und Resignation wie Mehltau auf die Gemüter der einheimischen Bevölkerung.

Der Zeitungsartikel verweist zum einen auf die in ländlichen Regionen geäußerte Befürchtung, den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung verloren zu haben, und zum anderen auf Kommunikationsprobleme zwischen Landes- und Kommunalpolitik. Sachsen bietet sich wie kein anderes ostdeutsches Bundesland dazu an, die Kommunikationsstrategie einer Landesregierung bei der Privatisierung der volkseigenen Betriebe und der dabei auftretenden Massenarbeitslosigkeit in den Blick zu nehmen. Denn sowohl

Ministerpräsident Biedenkopf als auch Wirtschaftsminister Kajo Schommer (CDU) ging es bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft frühzeitig darum, Deutungshoheit in der medialen Auseinandersetzung über die Folgen der deutschen Einheit zu erzielen. Dazu wird im Folgenden zunächst die mediale Berichterstattung über die in Ostdeutschland sich rasch ausbreitende Erwerbslosigkeit skizziert. Anschließend wird der Frage nachgegangen, welche Kommunikationsstrategie die sächsische Staatsregierung daraufhin entwickelte. Der Untersuchungszeitraum bleibt auf den Zeitraum vom Sommer 1990 bis Ende 1992 begrenzt.

Die mediale Berichterstattung über die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Erste Meldungen über steigende Arbeitslosenzahlen in der noch bestehenden DDR gab es bereits im Frühsommer 1990.³ Anfang Juli teilte die Zentrale Arbeitsverwaltung der DDR mit, dass die Zahl der Erwerbslosen im Juni um 47 289 auf 142 096 gestiegen sei.⁴ Damit tauchte in der ostdeutschen Öffentlichkeit ein Phänomen auf, das es in den zurückliegenden vier Jahrzehnten unter dem SED-Regime offiziell nicht gegeben hatte: Arbeitslosigkeit. Der Vereinigungsprozess, der nach der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 deutlich an Fahrt aufgenommen hatte, warf bereits seine Schatten voraus. Eine Zäsur bildete die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990; mit ihrem Inkrafttreten wurden die ostdeutschen Betriebe schlagartig den Weltmarktbedingungen ausgesetzt. Die Einführung der D-Mark war aufgrund des politisch festgelegten Umrechnungskurses umstritten und mit erheblichen Härten und Risiken verbunden. Unmittelbar nach der Währungsumstellung drohte vielen Treuhand-Unternehmen die Zahlungsunfähigkeit. Da die Umsätze auf dem ostdeutschen und osteuropäischen Markt dramatisch einbrachen und die Betriebserlöse immer weniger kostendeckend waren, entwickelte sich aus dem Liquiditätsproblem rasch ein Rentabilitätsproblem. Dieses prägte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern maßgeblich. So teilte etwa eine Keramikwerkstatt in Erfurt dem zuständigen Arbeitsamts-

direktor bereits am 30. Juni 1990 den Arbeitsausfall aufgrund akuter Absatzschwierigkeiten mit; ein halbes Jahr später musste der Betrieb schließen.⁵

Während westdeutsche Kommentatoren frühzeitig vor den langfristigen Risiken der Währungsumstellung warnten, verbreiteten manche Arbeitsmarktexperten erstaunlich optimistische Prognosen.⁶ So war der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit von der Robustheit des westdeutschen Arbeitsmarktes derart überzeugt, dass er die negativen Folgen der DM-Einführung in Ostdeutschland völlig unterschätzte. Auf die Frage eines Journalisten, ob ihm die in Kraft getretene Währungsunion Sorgen bereite, antwortete der Präsident, Heinrich Franke: „Nein, überhaupt nicht. Sie [die Währungsunion] macht uns allenfalls zusätzlich Arbeit. Ich gehe sehr optimistisch an die Bewältigung der Probleme heran.“⁷ Außerdem behauptete er, die Wanderungsbewegung in Richtung Westen werde sich mit der Zeit umkehren und die Beitragszahler müssten im Zuge einer vorübergehend erhöhten Arbeitslosigkeit „nicht tiefer in die Tasche greifen“. Auch der Leiter der Abteilung Inland beim Bundespresseamt, Wolfgang Bergsdorf, glaubte zu wissen, dass die ostdeutschen Bundesländer „in drei bis vier Jahren“⁸ das ökonomische Niveau des Westens erreichen würden. Das bedeute zwar Arbeitslosigkeit, „die aber nicht unbedingt sehr viel höher ist als bei uns“.

Journalisten berichteten ab Spätsommer 1990 immer häufiger über gegenläufige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West. Steigende Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland standen demnach sinkenden Erwerbslosenzahlen in Westdeutschland gegenüber. In Zeitungsartikeln war vom „West-Ost-Gefälle“⁹, „Geteilten Arbeitsmarkt“¹⁰ und „Gespaltenen Arbeitsmarkt“¹¹ die Rede. Die innerdeutsche Grenze bestehe auf dem Arbeitsmarkt „noch trennscharf“¹²; die Zeitung führte diese Entwicklung in erster Linie darauf zurück, dass die bislang verdeckte Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern nunmehr offen zutage trete. Insgesamt würden die „alten unrentablen Arbeitsplätze“ schneller wegfallen, als neue entstehen könnten. Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten in Ostdeutschland wurden frühzeitig durchaus realistische Szenarien öffentlich diskutiert. In dem Zusammenhang tauchte der

Analogieschluss zu Süditalien auf, den als Erster der Staatssekretär im Ost-Berliner Wirtschaftsministerium, Martin Dube (parteilos), in einem Interview zog.¹³ Doch erst, nachdem sich 1991 die Betriebs-schließungen immer mehr gehäuft hatten und die dabei entstan-dene Massenarbeitslosigkeit durch Vorruhestand und Kurzarbeit nicht hatte gestoppt werden können, setzte sich in Zeitungsartikeln das Bild von abgehängten Regionen in Ostdeutschland durch, die offenbar Parallelen zu pauperisierten ländlichen Regionen in Italien aufwiesen.¹⁴ Ostdeutschland drohte sich demnach zum deutschen Mezzogiorno zu entwickeln.¹⁵

In der Berichterstattung der Printmedien dominierte zwar im Laufe der Zeit immer mehr das Narrativ einer Deindustrialisierung und damit einer Niedergangsgeschichte. Neben vereinzelt Beispie-len über erfolgreich abgeschlossene Privatisierungen finden sich aber auch Zeitungsartikel, in denen die Eigeninitiative der Betroffenen thematisiert und gewürdigt wird. Konkret ging es etwa um die Grün-dung von Arbeitsloseninitiativen, die eine entsprechende Struktur erst selbst aufbauen mussten, in der Regel auf ehrenamtlicher Basis.¹⁶ In Ostdeutschland bildeten sich zunächst auf Bezirks-, später dann auf Landesebene Arbeitslosenverbände, deren Gründung in Thürin-gen vom Deutschen Gewerkschaftsbund¹⁷ und in Sachsen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft¹⁸ unterstützt wurde. Zu den selbst gesteckten Zielen gehörten die Beratung von Betroffenen, die Vermittlung bei Umschulungen und Arbeitsbeschaffungsmaß-nahmen sowie die organisatorische Unterstützung von Selbsthilfe-gruppen. Die Mitarbeit in Arbeitsloseninitiativen kann auch als eine Form von Selbstermächtigung beziehungsweise Selbstdemokrati-sierung verstanden werden, denn Selbsthilfegruppen dieser Art hat es in der DDR erst ab März 1990 gegeben. Inwiefern es dabei nicht nur zu einer Übernahme, sondern auch Aneignung und Neuprägung westdeutscher Vorbilder kam, müsste noch sehr viel eingehender untersucht werden. Darüber hinaus artikuliert e sich rasch sozialer Protest. Neben spontanen Streiks und betrieblichen Arbeitsnieder-legungen bildeten sich im Sommer 1992 „Komitees für Gerechtig-keit“, zunächst in Dresden und Berlin. Zu den Initiatoren gehörten Vertreter von PDS und Bündnis 90, aber auch der CDU (zum Beispiel Peter-Michael Diestel).¹⁹

Auffallend ist, dass Kommentatoren auf die zunehmende Mobilität auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt, der sich schon vor dem 3. Oktober 1990 herausgebildet hatte, und auf Verwerfungen des ostdeutschen Teilarbeitsmarktes hinwiesen. Aufgrund der pessimistischen Wirtschaftsprognosen für Ostdeutschland wurde in mehreren Zeitungsartikeln eine „Massenflucht neuer Art“ in den Westen konstatiert²⁰, die auch noch von westdeutschen Unternehmern gezielt ausgenutzt werde.²¹ Nach Angaben des Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann (SPD), hatte die Gewerbeaufsicht des Landes bereits im September 1990 in Dutzenden von Fällen illegale Leiharbeit mit Arbeitern aus der noch bestehenden DDR auf Großbaustellen festgestellt. Zu den ersten Verlierern auf dem Arbeitsmarkt gehörten – so das übereinstimmende Urteil in vielen Zeitungen – Frauen²² und Ausländer.²³ Damit einhergehend gab es bereits Anfang Oktober verstärkt Hinweise auf „Ausländerhass“ und „Angst unter den Gastarbeitern“.²⁴

In der westdeutschen Presse wurden zwar die ostdeutschen Arbeitsmarktprobleme frühzeitig erkannt. Auffallend ist jedoch, dass in vielen Zeitungsartikeln kaum Verständnis für die Besonderheiten der untergehenden sozialistischen Arbeitswelt vorhanden war – angesichts der jahrzehntelangen Teilung des Landes vielleicht auch nicht vorhanden sein konnte. Denn mit den im Spätsommer 1990 einsetzenden Betriebsschließungen gingen nicht nur sicher geglaubte Arbeitsplätze verloren, sondern auch die sozialpolitische Rundumversorgung der DDR, die sehr stark an die volkseigenen Betriebe gekoppelt war. Auf diese Weise waren den Beschäftigten in der DDR über vierzig Jahre lang Plätze in Kitas, Ferienheimen, Feierabend- und Pflegeheimen angeboten worden. Mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft fielen diese sozialpolitischen, DDR-spezifischen Angebote ersatzlos weg. Diese Verlustererfahrung erhöhte wiederum den Anpassungsdruck für die ostdeutsche Bevölkerung. Obwohl in der westdeutschen Presse die Schwierigkeiten Ostdeutschlands beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft durchaus ernst genommen wurden, wiesen manche Beobachter auf die angeblich zu laxen Arbeitseinstellung der Ostdeutschen hin, die sich ändern müsse: „Kaffeepausen von einer Stunde oder mehr gehören ebenso der Vergangenheit an wie der eine oder andere ‚blaue Tag‘ in der Woche.“²⁵

Zur Kommunikations- und Privatisierungsstrategie der sächsischen Staatsregierung

Am Anfang war die Arbeitslosigkeit. Mit diesem plakativen Satz könnte eine Analyse der Arbeitsmarktpolitik nicht nur in Sachsen beginnen. Denn erst nach der Landtagswahl am 14. Oktober 1990, bei der die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Kurt Biedenkopf die absolute Mehrheit errungen hatte, konnte der Aufbau einer Landesarbeitsverwaltung erfolgen. Der Landtagswahlkampf war ganz auf Biedenkopf zugeschnitten und lehnte sich an ein geflügeltes Wort von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eng an („für ein blühendes Sachsen“²⁶). In seiner ersten Regierungserklärung ging der frisch gewählte Ministerpräsident vor den versammelten Landtagsabgeordneten unter anderem auf die wirtschaftlichen Herausforderungen ein, die Sachsen zu bewältigen habe. Dabei versuchte Biedenkopf, Optimismus zu verbreiten: Sachsen sei schließlich ein „starkes [...] und ein reiches Land“.²⁷ Bereits in wenigen Jahren werde es möglich sein, „den Anschluss an die Entwicklung des Westens unseres Vaterlandes zu sichern“. Biedenkopf, der zwar die wirtschaftspolitischen Aussagen Kohls oftmals nicht teilte und frühzeitig Steuererhöhungen zum Wirtschaftsaufbau in Ostdeutschland ins Gespräch gebracht hatte, rechnete innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren mit einem Wirtschaftsaufschwung in Sachsen.²⁸ An dieser Einschätzung hielt Biedenkopf in der Folgezeit zunächst noch fest.²⁹

In der ersten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten nahm die Zusammenarbeit mit der Treuhandanstalt einen breiten Raum ein. So kritisierte Biedenkopf die Organisationsstruktur der Behörde und verlangte, bei der „Reprivatisierung und Neuordnung der Wirtschaft“ die ostdeutschen Länder einzubeziehen. Dazu kündigte er die Bildung eines Treuhandkabinetts an.³⁰ Anfang Dezember 1990 übten die Regierungschefs der ostdeutschen Bundesländer und Berlins den Schulterchluss. Sie verlangten von der Treuhandanstalt, „die Länder in allen wesentlichen Fragen und Einzelentscheidungen rechtzeitig zu unterrichten, die die Interessen eines oder mehrerer Länder berühren“. Den Ländern müsse Gelegenheit gegeben werden, „landesspezifische Gesichtspunkte in die Entscheidungen einzubringen“.³¹

Die Umstrukturierung der Treuhandanstalt, die Detlev Karsten Rohwedder nach seiner Berufung zum Präsidenten in Angriff genommen hatte, vollzog sich also vor dem Hintergrund des öffentlich ausgetragenen Konflikts zwischen der Behörde und den neu gebildeten Landesregierungen in Ostdeutschland. Dabei ging es um grundlegende staats- und verfassungsrechtliche Fragen, die das Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern betrafen. In diesem Punkt erhielten die ostdeutschen von den westdeutschen Bundesländern sofort Unterstützung. So bat der Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz, August R. Lang (CSU), seinen Parteifreund Theo Waigel als „fach- und rechtsaufsichtlich“ zuständigen Minister, die Treuhandanstalt „schnellstmöglich auf deren ureigenste Aufgabe zurückzuführen“ und die unternehmerische Tätigkeit der Behörde „so rasch und so weit wie möglich zu begrenzen“.³² Dahinter stand die Befürchtung, die Treuhandanstalt würde regionale und sektorale Strukturpolitik sowie eine unmittelbare Wirtschaftsförderung zulasten der Länder betreiben.

Von den ostdeutschen Ministerpräsidenten führte vor allem Biedenkopf die Auseinandersetzung mit Rohwedder öffentlich in den Medien. In einem Zeitungsinterview antwortete er auf die Feststellung, er habe doch unlängst Frieden gemacht mit der Treuhandanstalt und ihrem Präsidenten: „Sagen wir: Waffenstillstand.“³³ Dabei vermittelte er den irrtümlichen Eindruck, der Verwaltungsrat, in dem zukünftig auch die ostdeutschen Ministerpräsidenten sitzen sollten, sei „der eigentliche Ort der Entscheidung“. Zwei Wochen zuvor hatte die Tageszeitung „Die Welt“ gemeldet, Biedenkopf und Rohwedder hätten ihren Streit über die Kompetenzverteilung bei der Privatisierung von Treuhandunternehmen beigelegt.³⁴ Der Burgfrieden hielt jedoch nicht lange: So meldete „Der Spiegel“, die sächsische Landesregierung wolle sich von der Treuhandanstalt abkoppeln und ein eigenes Gremium bilden, das über die Sanierung oder Stilllegung von Betrieben entscheiden sollte.³⁵ Das Nachrichtenmagazin wies allerdings auch darauf hin, dass Wirtschaftsminister Schommer dafür keine Eigenmittel des Landes zur Verfügung habe und auf finanzielle Unterstützung aus Brüssel und Bonn hoffe.

Kurz nach der Regierungsbildung in Sachsen verbreitete Wirtschaftsminister Schommer Zweckoptimismus: Schon am Ende der

ersten Legislaturperiode werde Sachsen unter den fünf ostdeutschen Bundesländern „das erste und das Beste sein“ und von Anfang an die niedrigste Arbeitslosenquote haben.³⁶ Der Freistaat werde bereits in Kürze prosperieren: „Die Kessel sind angeheizt, nun müssen wir nachlegen, und dann donnern wir los.“³⁷ Damit ließ Schommer von Anfang an keinen Zweifel am bevorstehenden Erfolg des Wirtschaftsaufbaus in Sachsen, der im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern auch noch am stärksten ausfallen werde. In dem Kontext kreierte der sächsische Wirtschaftsminister mit „Sachstum“ sogar eine eigene Wortschöpfung, um die wirtschaftliche Ausnahmestellung des Freistaates zu unterstreichen.³⁸ Dahinter stand die Vorstellung, „die Sicherung und Steigerung von Wohlstand unter Beachtung sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit“ als Markenzeichen sächsischer Wirtschaftspolitik zu verkaufen. Die Staatsregierung in Dresden verfolgte also frühzeitig das Ziel, Sachsen als ökonomisches Musterland zu vermarkten. In den Medien entstand rasch das Bild, die Sachsen seien „die neuen Schwaben“.³⁹ Auch in der ausländischen Presse wurde Sachsen und seinem Ministerpräsidenten eine Ausnahmestellung attestiert.⁴⁰

Die öffentliche Selbstdarstellung der sächsischen Landesregierung lässt sich als Imagepolitik beschreiben.⁴¹ Sie verfolgte im Wesentlichen drei Ziele. Es ging erstens darum, in der Bevölkerung Zuversicht zu verbreiten und Vertrauen zu den neu geschaffenen Organen des Landes zu schaffen. Dazu grenzte sich die Staatsregierung einerseits von der Treuhandanstalt in Berlin ab und forderte eine Stärkung der Länderkompetenzen. Biedenkopf und Schommer prophezeiten andererseits eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung innerhalb von ein bis zwei Jahren. Damit weckten sie entsprechende Erwartungen. Es ging zweitens darum, die Stellung Sachsens gegenüber dem Bund zu stärken. Die Landesregierung positionierte sich für die Auseinandersetzung um die künftige Rolle der Treuhandanstalt im föderativen Gefüge der Bundesrepublik.⁴² Neben dem institutionellen gab es aber auch einen finanziellen Aspekt, denn es musste eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie die finanziellen Lasten der deutschen Einheit zwischen dem Bund und den Ländern zu verteilen waren. Da die ostdeutschen Länder anfangs über keine großen Steuereinnahmen verfügten, befanden sie sich gegenüber der Bundesregierung rasch in

der Rolle eines Bittstellers. Diese Debatte setzte mit der Errichtung der ostdeutschen Landesregierungen im Herbst 1990 massiv ein und war im Frühjahr 1991 noch nicht abgeschlossen.

Es ging drittens darum, in- und ausländische Investoren für Sachsen zu gewinnen.⁴³ Das entsprach dem wirtschaftspolitischen Leitbild von Biedenkopf und Schommer, denn der Staat sollte ihrer Meinung nach nicht selbst unternehmerisch tätig werden. Stattdessen startete die sächsische Staatsregierung mehrere Initiativen, um finanzstarke Investoren anzuwerben. Dabei suchte die sächsische Staatsregierung, die eine aktive Mitarbeit des Landes in den Beteiligungsgesellschaften aus ordnungspolitischen Erwägungen heraus grundsätzlich ablehnte, eine „privatwirtschaftliche Alternative“⁴⁴ zur Sanierung bestehender Unternehmen. Ungefähr im Sommer 1991 entstanden erste Überlegungen für einen sogenannten Sachsenfonds zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft. Die Landesregierung in Dresden plante ursprünglich die Gründung eines Investmentfonds mit einem Stammkapital von 500 Millionen DM, das von Banken, Versicherungen, Industrie und vom Handel zur Verfügung gestellt werden sollte.⁴⁵ Mithilfe des Fonds war vorgesehen, sächsische Treuhandunternehmen von der Berliner Behörde zu übernehmen, zu sanieren und später mit Gewinn wieder zu verkaufen. Die Anteilszeichner sollten dabei von der erhofften Wertsteigerung profitieren. Karl Schirner, ehemaliges Mitglied des Treuhandvorstands, wurde zeitweilig als aussichtsreicher Kandidat für die Geschäftsführung gehandelt, stand jedoch schon bald für den Posten nicht mehr zur Verfügung.⁴⁶ Doch die Banken vereitelten das Prestigeprojekt Biedenkopfs: Nachdem die Deutsche Bank von Anfang an kein Interesse an dem Fonds gezeigt hatte, zog sich die Commerzbank, die bei der Gründung des Sachsenfonds die Federführung übernommen hatte, im Sommer 1992 endgültig aus dem Projekt zurück. Der geplante Kapitalstock konnte nicht aufgebracht werden. Ein Sprecher des Bankhauses begründete den Rückzug mit dem Hinweis, „die deutsche Industrie und der Handel hätten ihr Desinteresse an einer solchen Beteiligung ausgedrückt, da sie zumeist direkt in den neuen Ländern investierten“.⁴⁷ Doch die Rolle der bundesdeutschen Geschäftsbanken bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft ist ein anderes Thema.

Fazit

Die mediale Berichterstattung über Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die bereits im Frühsommer 1990 einsetzte, verweist auf eine Transformation vor der Transformation. Bereits vor der Einführung der D-Mark in der DDR am 1. Juli 1990 begannen offenbar Strukturveränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, die in der Folgezeit an Dynamik gewinnen sollten. So wurden frühzeitig in ost- und westdeutschen Zeitungen sowohl das Ansteigen der Erwerbslosenzahlen und insbesondere der Frauenarbeitslosigkeit als auch zunehmende Fremdenfeindlichkeit thematisiert. Doch der Blick der westdeutschen Presse blieb weitgehend auf den Verlust der Arbeitsplätze konzentriert; dagegen wurde das mit den Betriebsschließungen verbundene Wegbrechen der betriebszentrierten Sozialpolitik nicht zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus fällt im Herbst 1990 bei vielen west- und ostdeutschen Funktionsträgern in Politik und Wirtschaft das Verschweigen der ökonomischen Folgelasten der deutschen Einheit auf, als sich der rasante Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft bereits deutlich abzeichnete.

Die Imagepolitik der sächsischen Staatsregierung beabsichtigte, die Eigenständigkeit und das Selbstbewusstsein des neu gegründeten ostdeutschen Bundeslandes zu untermauern. Dabei ging es Ministerpräsident Biedenkopf nicht nur darum, einerseits bei der Privatisierung sächsischer Betriebe beteiligt zu werden und andererseits eine günstige Ausgangsposition für die öffentliche Debatte über die Lastenverteilung der deutschen Einheit gegenüber der Bundesregierung zu gewinnen. Der Verweis auf die historische Vergangenheit Sachsens bis zu August dem Starken und auf die Rolle Sachsens als Industrieland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hatte auch eine identitätsstiftende Funktion. Nach dem Untergang der DDR knüpfte Biedenkopf schon in seiner ersten Regierungserklärung ganz bewusst an diese positiven Traditionsbestände vor 1933 an und wollte damit offenbar einen Beitrag zur Bildung einer sächsischen Identität im vereinten Deutschland leisten.

Anmerkungen

- 1 Christus kam bis Eboli – und Biedenkopf nur bis Dresden, in: Frankfurter Rundschau, 7. 5. 1991.
- 2 Vgl. Carlo Levi, Christus kam nur bis Eboli, Zürich 1947 (italienische Erstauflage Turin 1945).
- 3 Vgl. Zahlen hüben und drüben, in: Neue Ruhr Zeitung Essen, 7. 6. 1990.
- 4 Vgl. Arbeitslosigkeit weiter gesunken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 7. 1990.
- 5 Thüringisches Hauptstaatsarchiv (ThHStA), 6-71-0001, Agentur für Arbeit Erfurt, Nr. 2055, Bl. 1 f., Anzeige über Arbeitsausfall der Keramikwerkstatt F. U. Schmidt (Erfurt) an den Direktor des Arbeitsamtes Erfurt vom 30. 6. 1990; ebd., Bl. 27, F. U. Schmidt am 19. 12. 1990 an Arbeitsamt Erfurt.
- 6 Vgl. Problem verlagert, in: Bremer Nachrichten, 7. 6. 1990.
- 7 Arbeitslose '90 – im Schnitt unter zwei Millionen, in: Welt am Sonntag, 8. 7. 1990.
- 8 Arbeitslose in der DDR werden positive Überraschung erleben, in: KANN, 21. 9. 1990.
- 9 West-Ost-Gefälle, in: Westfälische Rundschau, 7. 11. 1990.
- 10 Geteilter Arbeitsmarkt, in: Berliner Morgenpost, 7. 11. 1990.
- 11 Gespaltener Arbeitsmarkt, in: Süddeutsche Zeitung, 6. 12. 1990. Vgl. Wolfgang Klauer/Gerhard Kühlewind, Arbeitsmarkttendenzen und Arbeitsmarktpolitik in den neunziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1991), 34/35, S. 3–13, hier S. 4.
- 12 Geteilter Arbeitsmarkt, in: Berliner Morgenpost, 7. 11. 1990.
- 13 Vgl. Dann wäre hier Süditalien, in: Der Spiegel, 24. 9. 1990.
- 14 Vgl. Deutschlands Osten – ein armer Süden?, in: Der Tagesspiegel, 9. 2. 1992.
- 15 Vgl. Demonstration in Leipzig für „Soziale Einheit“, in: Der Morgen, 27. 2. 1991; „Mauern niederreißen“, in: Wirtschaftswoche, 27. 9. 1991.
- 16 Vgl. Von Arbeitslosen für Arbeitslose. Fragen an Peter Bauer, Vorsitzender der Arbeitsloseninitiative Thüringen e. V., in: Tribüne, 19. 11. 1990.
- 17 Vgl. „Schnupper-Kurse“ für Arbeitslose. Was will die Arbeitsloseninitiative Thüringen?, in: Thüringer Allgemeine, 8. 10. 1990.
- 18 Interview mit Rüdiger Mikeska am 8. 11. 2018 in Dresden. Mikeska war Vorsitzender des Landesarbeitslosenverbandes Sachsen und später stellvertretender Bundesvorsitzender.
- 19 Vgl. Frust lag in der Luft. Gerechtigkeitskomitee in Dresden konstituiert, in: Neue Zeit, 20. 7. 1992; Erste Komitees in Dresden und Berlin. Ost-Sammlungsbewegung kommt ins Laufen, in: Neues Deutschland, 20. 7. 1992.
- 20 Vgl. Die neue Massenflicht. Monatlich ziehen 10 000 Bürger der DDR in die Bundesrepublik, in: Hamburger Abendblatt, 26. 9. 1990; Leiharbeiter aus der DDR unterwegs, in: Volksblatt Berlin, 26. 9. 1990.
- 21 Vgl. DDR-Leiharbeiter als Billigkräfte in der BRD, in: Die Tageszeitung, 26. 9. 1990.

- 22 Vgl. Frauen am „sozialen Abgrund“, in: Frankfurter Rundschau, 26. 10. 1990; Frauenarbeitslosigkeit steigt überproportional, in: Handelsblatt, 19. 9. 1990.
- 23 Vgl. Erst gefeiert, jetzt gefeuert. Ausländer in der Ex-DDR sind Opfer der Einheit, in: Augsburger Allgemeine, 26. 10. 1990; 85 000 Ausländer müssen DDR verlassen, in: Süddeutsche Zeitung, 21. 9. 1990.
- 24 Die politische Freiheit gibt auch dem Ausländerhass Raum, in: Stuttgarter Zeitung, 10. 10. 1990. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ konstatierte bereits am 2. 4. 1990 den Ausbruch von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland. Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 1173.
- 25 Nur eine Sommerpause?, in: Neue Osnabrücker Zeitung, 5. 7. 1990.
- 26 Biedenkopf sprach sich dafür aus, „die Kohl’sche Formel nicht statisch [...], sondern dynamisch zu wenden: Es beginnt zu blühen“, in: Kurt H. Biedenkopf, Ringen um die innere Einheit. Aus meinem Tagebuch August 1992 bis September 1994, München 2015, S. 402 f. [Eintrag zum 19. 3. 1994].
- 27 Regierungserklärung Biedenkopfs vom 8. 11. 1990, in: Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 52–65, hier S. 65 [17. 10. 2018].
- 28 Kurt H. Biedenkopf, Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch Juni 1989 bis November 1990, München 2015, S. 378 [Eintrag zum 14. 10. 1990].
- 29 Vgl. Kurt Biedenkopf, Erste Schritte in Richtung einheitlicher Lebensverhältnisse, in: Neue Zeit, 9. 3. 1991.
- 30 Vgl. Regierungserklärung Biedenkopfs vom 8. 11. 1990, in: Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 52–65, hier S. 60.
- 31 Gemeinsame Pressemitteilung der Regierungschefs der neuen Bundesländer und Berlins vom 3. 12. 1990, in: Treuhandanstalt (Hrsg.), Dokumentation 1990–1994, Bd. 9, Berlin 1994, S. 838.
- 32 Bundesarchiv (BArch) Berlin, B 412/3696, Schreiben August R. Lang vom 4. 10. 1990 an Theo Waigel, S. 5.
- 33 Wir können Deutschland nicht wieder teilen, in: Neue Zeit, 31. 1. 1991.
- 34 Vgl. Biedenkopf und Rohwedder einigen sich, in: Die Welt, 14. 1. 1991.
- 35 Vgl. Sachsen kontra Treuhand, in: Der Spiegel, 7. 9. 1992.
- 36 Wir wollen die Ersten und die Besten sein!, in: Hamburger Abendblatt, 12. 11. 1990.
- 37 Nun müssen wir nachlegen, und dann donnern wir los, in: Die Welt, 13. 11. 1990.
- 38 Problem verlagert, in: Bremer Nachrichten, 7. 6. 1990.
- 39 Die neuen Schwaben, in: Wirtschaftswoche, 6. 9. 1991.
- 40 Vgl. The star of the east, in: The Economist, 14. 9. 1991. Darin wurde Biedenkopf als „King of Saxony“ bezeichnet.
- 41 Vgl. dazu Daniela Münkel/Lu Seegers, Einleitung: Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert, in: Daniela Münkel/Lu Seegers (Hrsg.), Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt a. M. 2008, S. 9–20.
- 42 Vgl. grundsätzlich dazu Wolfgang Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt a. M. 2005.

- 43 Im Spätsommer 1991 erschien eine Werbebroschüre über Sachsen („Das größte Infrastrukturprogramm in der europäischen Wirtschaftsgeschichte macht aus Sachsen das Japan Europas“), die in fünf Sprachen erschien. Vgl. *Blick durch die Wirtschaft*, 20. 9. 1991.
- 44 Kurt H. Biedenkopf, *Ein neues Land entsteht*. Aus meinem Tagebuch November 1990 bis August 1992, München 2015, S. 438 [Eintrag zum 1. 6. 1992].
- 45 Vgl. Sachsenfonds wird nicht gegründet, in: *Neue Zeit*, 18. 7. 1992.
- 46 Vgl. Sachsen will das Projekt Sachsenfonds noch nicht aufgeben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. 8. 1992.
- 47 Sachsenfonds wird nicht gegründet, in: *Neue Zeit*, 18. 7. 1992.
- 48 „Wir bringen zunächst das Wichtigste ein, was wir haben, nämlich uns selbst. Unser Land mit seinen Menschen, unsere Geschichte, unseren Unternehmungsgeist, unsere Phantasie, unseren Witz, aber auch unsere reiche Kultur- und Industrietradition des Freistaates Sachsen.“ Regierungserklärung Biedenkopfs vom 8. 11. 1990, in: *Sächsischer Landtag*, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 52–65, hier S. 57 [17. 10. 2018]. Zur Identitätsstiftung durch ost- und westdeutsche Tageszeitungen: Horst Pöttker, *Fortschreibung alter Identitäten. Fremd- und Selbstbilder in der Presse des vereinten Deutschland*, in: Michael Haller/Klaus Puder/Jochen Schlevoigt (Hrsg.), *Presse Ost – Presse West. Journalismus im vereinten Deutschland*, Berlin 1995, S. 235–244.